

12.09.2014

Die Mitte **CDU**



*Liebe Freunde,*

wenn die expansive Politik Russlands weitere Sanktionen nötig macht, wird das nicht ohne Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land bleiben. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass die Bewahrung von Freiheit und Völkerrecht einen ökonomischen Preis kosten kann. Das heißt mit Blick auf die parlamentarischen Haushaltsberatungen, die wir in dieser Woche begonnen haben, dass wir eher mit negativen Auswirkungen als mit positiven Überraschungen zu rechnen haben. Wir alle sollten keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir diese Lasten zu tragen bereit sind.

Dies gilt auch für die Herausforderung Nahost: Die Verbrecher des Islamischen Staates (IS) haben eine ganze Region verheert. Moslems, Jesiden, Christen und Juden, Ausländer und Inländer, Frauen, Männer und Kinder – alle, die dem IS im Weg sind, werden gnadenlos mit brutalstem Terror überzogen. Angesichts der schrecklichen Verbrechen, angesichts der Vertreibung Hunderttausender, wird allein zusehender Pazifismus den Menschen nicht helfen. Der IS-Terror ist eine grundsätzliche Herausforderung menschlicher Werte. Der IS ist weder für Verhandlungen zu gewinnen noch mit den Mitteln herkömmlicher Abschreckung von seinem Eroberungswahn abzuhalten. Wir können uns nicht wegducken. Deswegen ist es richtig, dass Deutschland in dieser Ausnahmesituation Ausrüstung und Waffen in den Irak liefert, damit die Kämpfer der kurdischen Regionalregierung gegen den IS bestehen können. Um das Schicksal der unzähligen Flüchtlinge in der Region zu lindern, bleiben wir und auch die Europäische Union aufgerufen, alle notwendige humanitäre Hilfe zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

## Schwarze Null steht

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und zur Finanzplanung 2018 ist mehr als ein Buch voller Zahlen – er hat historische Bedeutung: Zum ersten Mal seit 1969 werden wir komplett ohne neue Schulden auskommen und wenden uns damit endlich von der Politik des Schuldenmachens ab. Wir schaffen die schwarze Null, und zwar ohne Steuererhöhung. Und wir setzen sie über den gesamten Finanzplanungszeitraum fort. Damit steht unser Hauptziel, das von uns durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag, unmittelbar vor seiner Verwirklichung: Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat. Das ist vernünftig, gerecht und ein wesentlicher Bestandteil unseres Profils in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Es konnte nur eine unionsgeführte Koalition sein, die die immer wieder diskutierte und von vielen nie für möglich gehaltene schwarze Null zur Realität macht. Grundlage dieses Erfolgs ist unser unbeirrtes Festhalten an der wachstumsorientierten Konsolidierung auch gegen Widerstände. Trotzdem ist der Haushalt 2015 kein Sparhaushalt – im Gegenteil: Wir nutzen die von uns in den vergangenen Jahren erarbeiteten Freiräume, um Akzente bei Bildung und Forschung, in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur oder durch effektive Entwicklungszusammenarbeit zu setzen.

Selbstverständlich habe ich als für den Etat des Bundeswirtschaftsministeriums zuständiger Haushälter in der Bundestagsdebatte am Mittwoch nachmittag gesprochen. In den kommenden Haushaltsberatungen werde ich jede Ausgabe auf den Prüfstand stellen und sehen, wie das Geld des Steuerzahlers am zweckdienlichsten eingesetzt werden kann.



## Fokus Pflege

Gegenwärtig sind in Deutschland 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig. Davon werden mehr als zwei Drittel (70 Prozent) zu Hause gepflegt. Infolge des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 3,5 Millionen erhöhen. Im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitet die Koalition an der Stärkung der Pflege: Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Milliarden Euro verbessert werden. Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4

Prozent. Auch wird der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben. Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

## Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union sinkt um eine halbe Million

Zum Zeitpunkt der Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa im Juli 2013 im Kanzleramt waren in der Europäischen Union rund 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Seitdem gab es einen kontinuierlichen Rückgang auf 5,1 Millionen im Juni 2014. Wichtigste Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit sind nach Einschätzung einer aktuellen wissenschaftlichen

Untersuchung Defizite im Bildungs- und Ausbildungssystem, länderspezifische Regelungen etwa im Kündigungsschutz und ineffektive arbeitsmarktpolitische Instrumente. Kurzfristig komme es auch darauf an, junge Menschen besser über Beschäftigungschancen im Ausland aufzuklären, sie zu motivieren und bei den ersten Schritten zu unterstützen.

## Zahlreiche Petitionen zum Thema Erdgasförderungen

Das Thema Fracking und Erdgasförderung ist nicht nur in meinem Wahlkreis ein großes Thema. Das merke ich auch in meiner Funktion als CDU/CSU-Obmann des Petitionsausschusses. Viele einzelne Bürger oder auch Zusammenschlüsse von Bürgerinitiativen machen vom Grundgesetzartikel 17 Gebrauch und reichen eine Petition an den Deutschen Bundestag ein. So hat mir als Obmann in dieser Woche mein Kollege Prof. Dr. Sensburg eine Petition überreicht, die eine Bürgerinitiative seines Wahlkreises geschrieben hat. Diese Petition wird wie unzählige andere zum Thema passende Einreichungen im Petitionsausschuss behandelt. Da derzeit von den beiden zuständigen Häusern, dem Bundesministerium für Umwelt und Bau und dem Bundesministeri-

um für Wirtschaft und Energie, an einem Gesetzentwurf gearbeitet wird, kommen diese Petitionen genau zum richtigen Zeitpunkt, um in Überlegungen einbezogen zu werden. Hier sieht man wieder, wie wertvoll das Petitionsrecht für eine demokratische Bürgerbeteiligung ist.



## Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser

Seit fast 25 Jahren können die Menschen in den neuen Ländern ihre Regierung wieder frei wählen.

In Sachsen hat sich die CDU im vergangenen Vierteljahrhundert derart überzeugend und erfolgreich für Land und Menschen engagiert, dass sie auch die jüngste Landtagswahl mit weitem Abstand vor allen Mitwerbern gewonnen hat. Stanislaw Tillich bleibt unangefochten Ministerpräsident und lotet nun aus, mit welchem Partner er die beste Politik für Sachsen machen kann. Wir wünschen unseren Freunden in der sächsischen Union alles Gute bei der Bildung einer Regierung, die weiter am Erfolg des Freistaates arbeitet.

Nach den Sachsen haben am kommenden Sonntag, dem 14. September, auch die Menschen in Brandenburg und Thüringen die Chance, mit ihrer Wahl die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Thüringen ist dank der jahrelangen erfolgreichen Regierungsarbeit der CDU schon jetzt auf Erfolgskurs. Wie Sachsen hat Thüringen unter Christine Lieberknecht einen ausgeglichenen Haushalt, tilgt konsequent Schulden und investiert erfolgreich in die Zukunft.

Hier zeigt sich: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Brandenburg dagegen bleibt durch die langjährige verfehlte linke Politik hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir kämpfen dafür, dass Rot-Rot abgelöst wird und die CDU unter Führung von Michael Schierack wieder Regierungsverantwortung übernimmt.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Tatjana Range